

# Generalversammlung

Verteilung: Allgemein  
12. März 2001

**Fünfundfünfzigste Tagung**  
Tagesordnungspunkt 114 c)

## Resolution der Generalversammlung

[auf Grund des Berichts des Dritten Ausschusses (A/55/602/Add.3)]

### 55/117. Die Menschenrechtssituation in der Demokratischen Republik Kongo

*Die Generalversammlung,*

*erneut erklärend*, dass alle Mitgliedstaaten verpflichtet sind, die in der Charta der Vereinten Nationen, der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte<sup>1</sup>, den Internationalen Menschenrechtspakten<sup>2</sup> und anderen anwendbaren Menschenrechtsübereinkünften aufgeführten Menschenrechte und Grundfreiheiten zu fördern und zu schützen,

*eingedenk* dessen, dass die Demokratische Republik Kongo Vertragspartei des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte<sup>2</sup>, des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte<sup>2</sup>, des Übereinkommens gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe<sup>3</sup>, des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau<sup>4</sup>, der Genfer Abkommen vom 12. August 1949 zum Schutze der Kriegsoffer<sup>5</sup>, des Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung<sup>6</sup> und des Übereinkommens über die Rechte des Kindes<sup>7</sup> sowie der Afrikanischen Charta der Rechte der Menschen und Völker<sup>8</sup> ist,

*unter Hinweis* auf ihre früheren Resolutionen zu diesem Thema, namentlich die zuletzt verabschiedete Resolution 54/179 vom 17. Dezember 1999, Kenntnis nehmend von der Resolution 2000/15 der Menschenrechtskommission vom 18. April 2000<sup>9</sup> und der

<sup>1</sup> Resolution 217 A (III).

<sup>2</sup> Resolution 2200 A (XXI), Anlage.

<sup>3</sup> Resolution 39/46, Anlage.

<sup>4</sup> Resolution 34/180, Anlage.

<sup>5</sup> Vereinte Nationen, *Treaty Series*, Vol. 75, Nr. 970-973.

<sup>6</sup> Resolution 2106 A (XX), Anlage.

<sup>7</sup> Resolution 44/25, Anlage.

<sup>8</sup> Vereinte Nationen, *Treaty Series*, Vol. 1520, Nr. 26363.

<sup>9</sup> Siehe *Official Records of the Economic and Social Council, 2000, Supplement No. 3* und Korrigendum (E/2000/23 und Korr.1), Kap. II, Abschnitt A.

Resolution 1304 (2000) des Sicherheitsrats vom 16. Juni 2000 sowie eingedenk der diesbezüglichen früheren Resolutionen des Sicherheitsrats und der Erklärungen seines Präsidenten,

*unter Hinweis* auf die in Lusaka unterzeichnete Waffenruhevereinbarung<sup>10</sup> und den Entflechtungsplan von Kampala<sup>11</sup>, auf die Verpflichtungen aller Unterzeichner dieser Vereinbarungen und auf die sich aus Resolution 1304 (2000) des Sicherheitsrats ableitenden Verpflichtungen,

*Kenntnis nehmend* von den Ergebnissen des am 16. Januar 2000 in Maputo abgehaltenen Außerordentlichen Gipfeltreffens der Staats- oder Regierungschefs der Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika<sup>12</sup> sowie von der Abhaltung des Gipfeltreffens der Staatschefs Zentralafrikas am 27. Oktober 2000 in Kinshasa<sup>13</sup>,

*besorgt* über alle von den Konfliktparteien begangenen Verletzungen der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts im Hoheitsgebiet der Demokratischen Republik Kongo, die in dem Bericht des Sonderberichterstatters der Menschenrechtskommission über die Menschenrechtssituation in der Demokratischen Republik Kongo genannt werden<sup>14</sup>, namentlich die Akte ethnischen Hasses und die ethnisch motivierten Gewalthandlungen sowie die Aufstachelung dazu,

*in Anbetracht* dessen, dass die Förderung und der Schutz der Menschenrechte aller Menschen für die Herbeiführung von Stabilität und Sicherheit in der Region unerlässlich sind und zur Schaffung des Umfelds beitragen werden, das für die Zusammenarbeit zwischen den Staaten der Region erforderlich ist,

*unter Berücksichtigung* der regionalen Dimension der Menschenrechtsfragen im ostafrikanischen Zwischenseengebiet, gleichzeitig unterstreichend, dass die Förderung und der Schutz der Menschenrechte in erster Linie Aufgabe der Staaten ist, sowie auf die Bedeutung verweisend, die der technischen Zusammenarbeit im Hinblick auf die Stärkung der regionalen Zusammenarbeit zu Gunsten der Förderung und des Schutzes der Menschenrechte zukommt,

*unter Hinweis* auf den Beschluss der Menschenrechtskommission, die Sonderberichterstatter der Kommission über die Menschenrechtssituation in der Demokratischen Republik Kongo und über außergerichtliche, summarische oder willkürliche Hinrichtungen sowie ein Mitglied der Arbeitsgruppe zur Frage des Verschwindenlassens von Personen zu ersuchen, eine gemeinsame Mission in die Demokratische Republik Kongo durchzuführen, und der Mission nahelegend, ihre Arbeit so bald wie möglich aufzunehmen, in Zusammenarbeit mit der Regierung und allen sonstigen betroffenen Parteien,

der Regierung der Demokratischen Republik Kongo *nahelegend*, ihre früher namentlich gegenüber der Hohen Kommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte eingegangenen Verpflichtungen zur Wiederherstellung und Reform des Justizwesens im Einklang mit den einschlägigen internationalen Übereinkünften einzuhalten, und in dieser Hinsicht Kenntnis nehmend von der erklärten Absicht der Regierung, die Todesstrafe nach

---

<sup>10</sup> S/1999/815, Anlage.

<sup>11</sup> Siehe S/2000/330 und Korr.1, Ziffern 21-28.

<sup>12</sup> S/2000/36, Anlage.

<sup>13</sup> S/2000/1050, Anlage.

<sup>14</sup> Siehe A/55/403.

und nach abzuschaffen und Verfahren gegen Zivilpersonen nicht mehr vor dem Militärgericht zu führen,

1. *begrüßt*

a) den Bericht des Sonderberichterstatters der Menschenrechtskommission über die Menschenrechtssituation in der Demokratischen Republik Kongo<sup>14</sup>;

b) den Besuch, den der Sonderberichterstatter der Menschenrechtskommission über die Menschenrechtssituation in der Demokratischen Republik Kongo dem Land auf Einladung der Regierung abstattete, sowie die diesbezügliche Kooperation der Regierung und aller kongolesischen Parteien der in Lusaka unterzeichneten Waffenruhevereinbarung<sup>10</sup>;

c) den Besuch, den die Hohe Kommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte dem Land vom 1. bis 3. Oktober 2000 abstattete;

d) die Tätigkeiten des Menschenrechts-Feldbüros in der Demokratischen Republik Kongo, und ermutigt die Regierung, weiterhin eng mit dem Büro zusammenzuarbeiten;

e) die Anstrengungen des Ministeriums für Menschenrechte der Demokratischen Republik Kongo, die Menschenrechtssituation in dem Land zu verbessern, und insbesondere die im Dezember 1999 in Abstimmung mit den nichtstaatlichen Organisationen erfolgte Verabschiedung des nationalen Aktionsplans für die Förderung und den Schutz der Menschenrechte;

f) die von Präsident Kabila am 19. Februar 2000 erlassene Generalamnestie als einen zeitgerechten und bedeutsamen Schritt in Richtung auf die Aussöhnung und die Vorbereitung des in der Waffenruhevereinbarung geforderten interkongolesischen Dialogs, bedauert jedoch die Tatsache, dass viele weitere politische Gefangene nach wie vor in Haft sind und dass seit diesem Datum weitere Verhaftungen vorgenommen wurden;

g) die Zusage der Regierung der Demokratischen Republik Kongo, mit den Organisationen der Vereinten Nationen und den nichtstaatlichen Organisationen bei der Sicherstellung der Demobilisierung und Wiedereingliederung von Kindersoldaten zu kooperieren, die Abhaltung des Forums über die Demobilisierung von Kindersoldaten und den Schutz der Menschenrechte am 10. Dezember 1999 in Kinshasa in Zusammenarbeit mit dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen sowie die von der Regierung und der Kongolesischen Sammlungsbewegung für die Demokratie ergriffenen Maßnahmen zur Demobilisierung von Kindern, und legt den anderen Konfliktparteien nahe, dasselbe zu tun;

h) die unter der Schirmherrschaft des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz in der Demokratischen Republik Kongo im Einklang mit dem humanitären Völkerrecht durchgeführte Rückführung von Personen, die ihrer ethnischen Herkunft wegen gefährdet sind, bedauert jedoch, dass die Regierung offensichtlich nicht in der Lage war, ihnen von Anfang an einen angemessenen Schutz zu gewähren;

i) die Freilassung von Kriegsgefangenen und fordert die Beschleunigung des Gefangenenaustauschs;

j) den Beschluss des Sicherheitsrats in seiner Resolution 1291 (2000) vom 24. Februar 2000, die Verstärkung der Mission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo zu genehmigen;

k) die Arbeit des Sonderbotschafters des Generalsekretärs für den Friedensprozess in der Demokratischen Republik Kongo;

l) die Ernennung des Sonderbeauftragten für die Demokratische Republik Kongo durch den Generalsekretär;

2. *verleiht ihrer Besorgnis Ausdruck*

a) über die nachteiligen Auswirkungen des Konflikts auf die Menschenrechtssituation sowie über seine schwerwiegenden Folgen für die Sicherheit und das Wohl der Zivilbevölkerung im gesamten Hoheitsgebiet der Demokratischen Republik Kongo;

b) über die anhaltenden Verstöße gegen die Waffenruhevereinbarung und die weiterhin angewandte Hasssprache;

c) über die besorgniserregende Menschenrechtssituation in der Demokratischen Republik Kongo, insbesondere in den östlichen Landesteilen, und die Verstöße gegen die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht, die im gesamten Hoheitsgebiet der Demokratischen Republik Kongo, häufig straflos, nach wie vor begangen werden, und verurteilt in dieser Hinsicht

- i) die im Verlauf des Konflikts begangenen Massaker an Zivilpersonen, die eine unverhältnismäßige Reaktion auf Angriffe darstellen, insbesondere diejenigen, die vor kurzem auf der Lisenda-8-Straße und in Katogata, Kamanyola, Lurbarika, Luberezi, Ngenge, Kalehe, Kilambo, Cidaho, Uvira, Shabunda und Lusenda-Lubumba stattfanden;
- ii) die Kämpfe in Kisangani zwischen ugandischen und ruandischen Kräften, zuletzt im Mai und Juni 2000, die zahlreiche Opfer unter der Zivilbevölkerung forderten;
- iii) die Bombenangriffe auf das Krankenhaus in Libenge, auf Gemena und auf andere Ortschaften, bei denen die Zivilbevölkerung in Mitleidenschaft gezogen wurde;
- iv) die Konflikte zwischen den ethnischen Gruppen der Hema und der Lendu in der Ostprovinz, wo bereits Tausende von Kongolese getötet wurden;
- v) die Fälle summarischer und willkürlicher Hinrichtung, des Verschwindenlassens, der Folter, Verprügelung, Drangsalierung, der willkürlichen Festnahme und Inhaftierung ohne Gerichtsverfahren, namentlich von Journalisten, Oppositionspolitikern, Menschenrechtsverteidigern, sowie die Berichte über an Frauen und Kindern verübte sexuelle Gewalt und das Fortdauern der Rekrutierung und des Einsatzes von Kindersoldaten, sowie insbesondere in den östlichen Landesteilen die Repressalien gegen Menschen, die mit den Mechanismen der Vereinten Nationen zusammengearbeitet haben;
- vi) die Tatsache, dass Zivilpersonen vor das Militärgericht gestellt und von diesem zum Tode verurteilt werden;

d) über die exzessive Ansammlung und Verbreitung von Kleinwaffen und leichten Waffen, die unerlaubte Verteilung und Verschiebung von Waffen in der Region und den unerlaubten Handel damit sowie deren nachteilige Auswirkungen auf die Menschenrechte;

e) über die Verletzungen von Grundfreiheiten, etwa des Rechts der freien Meinungsäußerung, der Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit, im gesamten Hoheitsgebiet der Demokratischen Republik Kongo, insbesondere in den östlichen Landesteilen;

f) über die Einschüchterungshandlungen gegenüber Vertretern der Kirchen und der Zivilgesellschaft im gesamten kongolesischen Hoheitsgebiet, sowie über die Tötung dieser Personen in den östlichen Landesteilen;

g) über die schwere Unsicherheit, die es den humanitären Organisationen fast unmöglich macht, den Zugang zu den betroffenen Bevölkerungsgruppen sicherzustellen;

h) über Berichte über die illegale Ausbeutung natürlicher Ressourcen und anderer Reichtümer der Demokratischen Republik Kongo;

3. *fordert* alle Konfliktparteien in der Demokratischen Republik Kongo *nachdrücklich auf*,

a) die Bestimmungen der Waffenruhevereinbarung vollinhaltlich durchzuführen und die Wiederherstellung der Autorität der Regierung der Demokratischen Republik Kongo in ihrem gesamten Hoheitsgebiet zu erleichtern, wie in den in der Waffenruhevereinbarung vorgesehenen interkongolesischen politischen Verhandlungen vereinbart, und unterstreicht im Kontext einer dauerhaften Friedensregelung die Notwendigkeit, die Kongolesen in einen umfassenden Prozess des politischen Dialogs einzubeziehen, damit die nationale Aussöhnung herbeigeführt und demokratische, freie, transparente und faire Wahlen abgehalten werden können;

b) alle militärischen Aktivitäten in der Demokratischen Republik Kongo einzustellen, die gegen die in der Waffenruhevereinbarung und im Entflechtungsplan von Kampala<sup>15</sup> festgelegte Waffenruhe verstoßen;

c) die Menschenrechte zu schützen und das humanitäre Völkerrecht zu achten, insbesondere, soweit auf sie anwendbar, die Genfer Abkommen vom 12. August 1949 zum Schutze der Kriegsgesopfer<sup>5</sup>, die dazugehörigen Zusatzprotokolle von 1977<sup>15</sup>, das Haager Abkommen vom 18. Oktober 1907 betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkriegs<sup>16</sup>, die Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes<sup>17</sup> sowie andere einschlägige Bestimmungen des humanitären Völkerrechts, der internationalen Menschenrechte und des Flüchtlingsvölkerrechts, und insbesondere die Rechte von Frauen und Kindern zu achten und die Sicherheit aller Zivilpersonen, namentlich der Flüchtlinge und Binnenvertriebenen innerhalb des Hoheitsgebiets dieses Landes, unabhängig von ihrer Herkunft sicherzustellen;

d) alle Formen der Unterdrückung von Menschen, die ihre Grundfreiheiten ausüben, zu beenden;

e) die erforderlichen Bedingungen für die sichere und rasche Dislozierung der Mission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo herzustellen;

f) die Sicherheit und Bewegungsfreiheit des Personals der Vereinten Nationen, des beigeordneten und des humanitären Personals innerhalb der Demokratischen Republik Kongo sicherzustellen und in diesem Zusammenhang den sicheren und ungehinderten Zugang des humanitären Personals zu allen betroffenen Bevölkerungsgruppen im gesamten Hoheitsgebiet der Demokratischen Republik Kongo zu gewährleisten;

<sup>15</sup> Vereinte Nationen, *Treaty Series*, Vol. 1125, Nr. 17512 und 17513.

<sup>16</sup> Siehe Carnegie Endowment for International Peace, *The Hague Conventions and Declarations of 1899 and 1907* (New York, Oxford University Press, 1915).

<sup>17</sup> Resolution 260 A (III).

g) den gegen die internationalen Menschenrechtsnormen verstoßenden Einsatz von Kindersoldaten sofort zu beenden und diese zu demobilisieren;

h) alle Maßnahmen zu definieren und durchzuführen, die erforderlich sind, um förderliche Bedingungen für die freiwillige Rückkehr aller Flüchtlinge und Vertriebenen in Sicherheit und Würde zu schaffen und ihren Schutz und ihre faire und rechtmäßige Behandlung zu gewährleisten;

4. *fordert* die Regierung der Demokratischen Republik Kongo *auf*,

a) ihren Verpflichtungen nach dem Völkerrecht auf dem Gebiet der Menschenrechte voll und ganz nachzukommen und die Menschenrechte und Grundfreiheiten in ihrem gesamten Hoheitsgebiet zu fördern und zu schützen;

b) ihrer Verantwortung für die Gewährleistung des vollen Schutzes der Menschenrechte der Bevölkerung in ihrem Hoheitsgebiet nachzukommen sowie eine führende Rolle bei den Bemühungen zu übernehmen, das Entstehen von Bedingungen zu verhüten, die weitere Ströme von Binnenvertriebenen und Flüchtlingen innerhalb der Demokratischen Republik Kongo und über ihre Grenzen hinweg auslösen könnten;

c) ihrer Selbstverpflichtung zur Reform und Wiederherstellung des Justizsystems und insbesondere zur Reform der Militärjustiz nachzukommen, und diese nicht mehr für Verhandlungen gegen Zivilpersonen einzusetzen, im Einklang mit den Bestimmungen des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte<sup>2</sup>;

d) die volle Achtung der Meinungsfreiheit und des Rechts der freien Meinungsäußerung, namentlich der Pressefreiheit in allen Arten von Massenmedien, sowie die Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit zu gewährleisten;

e) die Beschränkungen aufzuheben, denen die Arbeit der nichtstaatlichen Organisationen immer noch unterliegt, und über die Menschenrechte aufzuklären, unter anderem durch eine stärkere Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft, so auch allen Menschenrechtsorganisationen;

f) ihrer Verpflichtung auf den Demokratisierungsprozess, insbesondere den nationalen Dialog, wie in der Waffenruhevereinbarung vorgesehen, uneingeschränkt nachzukommen und in diesem Zusammenhang Bedingungen zu schaffen, die einen echten und umfassenden Friedensprozess ermöglichen, der die Bestrebungen aller Menschen des Landes in vollem Umfang widerspiegelt, namentlich durch die Aufhebung von Beschränkungen politischer Parteien und ihrer Tätigkeiten und durch die Gewährleistung eines politischen Pluralismus, um den Weg für die Abhaltung demokratischer, freier und fairer Wahlen zu ebnen;

g) der Straflosigkeit ein Ende zu setzen und in Erfüllung ihrer Verantwortung sicherzustellen, dass diejenigen, die für Menschenrechtsverletzungen und schwerwiegende Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht verantwortlich sind, vor Gericht gestellt werden;

h) mit dem Internationalen Strafgericht zur Verfolgung der Personen, die für Völkermord und andere schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht im Hoheitsgebiet Ruandas zwischen dem 1. Januar 1994 und dem 31. Dezember 1994 verantwortlich sind, sowie ruandischer Staatsangehöriger, die für während desselben Zeitraums im Hoheitsgebiet von Nachbarstaaten begangenen Völkermord und andere derartige Verstöße verantwortlich sind, voll zusammenzuarbeiten, damit alle, die für Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und andere schwere

Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind, im Einklang mit den internationalen Grundsätzen eines ordnungsgemäßen Verfahrens vor Gericht gestellt werden;

i) mit dem Menschenrechts-Feldbüro in der Demokratischen Republik Kongo eng zusammenzuarbeiten und ihre Kooperation mit diesem noch weiter auszubauen;

j) ihrer Selbstverpflichtung, mit den Organisationen der Vereinten Nationen und den nichtstaatlichen Organisationen bei der Gewährleistung der Demobilisierung, Rehabilitation und Wiedereingliederung von Kindersoldaten zusammenzuarbeiten, in vollem Umfang nachzukommen;

5. *beschließt*, die Menschenrechtssituation in der Demokratischen Republik Kongo weiter zu prüfen, und ersucht den Sonderberichterstatter, der Generalversammlung auf ihrer sechsundfünfzigsten Tagung Bericht zu erstatten.

*81. Plenarsitzung*

*4. Dezember 2000*